

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN S

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BACH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MDL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, MDB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

6. Jahrgang, Nummer 4

Postverlagsort Bonn

Bonn, im April 1958

INHALT

<u>ES BEDARF DER GEDULD</u> von Gerhard Schröder	S. 1
DIE ENTSCHEIDUNG LIEGT BEI MOSKAU Aus dem Protokoll der außenpolitischen Debatte des Bundestages	S. 2
VOM „ATOMAREN ANTICHRISTEN“ UND DER THEOLOGIE DES UNTERGANGS von Harald Oldag	S. 7
BRENNPUNKTE UND METHODEN DES MITTELDEUTSCHEN KIRCHENKAMPFES	S. 10

ES BEDARF DER GEDULD

Ein Wort der Mahnung nach der außenpolitischen Debatte im Bundestag
von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Diese Wochen sind offensichtlich erfüllt von einer drängenden Ungeduld. Die Diskussion über Ziel und Weg der Bundesrepublik ist neu entfacht. Viele haben sich zu Wort gemeldet. Sie legen Pläne vor und bieten Patentlösungen an. Für eine globale Entspannung. Oder gegen den Atomtod. Und für eine prompte Wiedervereinigung. Noch nie war guter Rat so billig. Und noch niemals konnte er so teuer zu stehen kommen wie eben jetzt. Den mannigfachen Projekten fehlt es nicht an Beifall von Seiten derer, die die deutsche Politik als einfallsslos und unbeweglich verurteilen. Sie glauben offenbar und möchten uns glauben machen, daß es nur des Anstoßes durch einen überraschenden Gedanken bedürfe oder aber des Impulses emotionaler Proteste, um die Dinge in einen schnellen Fluß zu bringen, auf dem wir sodann zu neuen Ufern getragen würden. Daß aber das Gegenteil eintreten könnte, daß sie die Wogen aufwühlen, in gefährliche Strudel geraten und zerschellen könnten, kommt ihnen nicht in den Sinn. Was sich heute als Einfallsreichtum spreizt und als elastisch und dynamisch preist und preisen läßt, ist durchweg mit einer völligen Verkenning der tatsächlichen Verhältnisse erkaufte oder auch mit dem Verzicht auf Logik.

Kein Zweifel, daß unser politischer Weg aus den Abgründen der Katastrophe lang und beschwerlich ist. Wer ihn abkürzen will, um schneller zum Ziel zu kommen, gerät schnell in die Irre. Ganz zu schweigen von denjenigen, die sich mit dem angstvollen Ruf „Ohne mich“ zunächst einmal seitwärts in die Büsche schlagen. Es sind z. Z. keine Abkürzungswege zu sehen, die gangbar wären. Ob nun an der Abzweigung zu lesen steht „Konföderation“ oder „Atomwaffenfreie Zone“ oder irgendeine andere Bezeichnung — wer hier abbiegt und Zugeständnisse ohne echte Gegenleistung macht, der gibt überhaupt auf. Dazu ein kurzes Wort:

Trügerische Visionen

Wenn wir uns bei der Erfüllung der Aufgaben von heute durch unklare Visionen von morgen lähmen ließen, dann wäre es schlecht um uns bestellt. Wie sollten wir auch mit Zuversicht und auf Dauer bauen können, wenn wir insgeheim schon ein gewisses Maß an späterer Volksdemokratisierung einkalkulieren müßten. Die Ungeduld unserer Herzen darf uns nicht dazu verführen, die Wiedervereinigung durch den Ausverkauf unserer Errungenschaften und durch eine Kapitulation in Raten beschleunigen zu wollen. Das Er-

gebnis wäre nämlich nicht eine Beschleunigung der Wiedervereinigung, sondern das Ende einer freien deutschen Nation. So wenig ausdauernde Geduld zu unseren nationalen Tugenden zählt, so sehr müssen wir uns in harter Disziplin in ihr üben. Wir dürfen uns nicht den heute in manchen Kreisen üblich gewordenen Luxus leisten, die Karten durch unentwegtes Reden und Reden und durch lautes Planen und Planen laufend aufzudecken und dadurch den Preis für die Wiedervereinigung ständig in die Höhe zu drücken. Ich weiß, daß mit dem Appell an die disziplinierte und schweigsame Geduld eine schier unlösbare Aufgabe angesprochen wird. Aber eine Aufgabe kann man nur lösen, wenn man sie zunächst einmal in ihrem ganzen Umfang erkannt hat.

Die Hoffnung von 17 Millionen

Wir werden um so mehr hoffen dürfen, je entschlossener wir den bisherigen Weg mit Klarheit und Festigkeit weiterverfolgen. Dieser Weg hat uns nicht nur das für unsere weitere Entwicklung unentbehrliche Vertrauen der freien westlichen Welt eingebracht. Dieser Weg ist auch begleitet von dem Vertrauen der 17 Millionen Menschen in der Sowjetzone. Zahlreiche Vorgänge gerade der letzten Wochen zeigen uns, daß Bestand und Politik der Bundesrepublik für sie die einzige Hoffnung sind. Nur so bleibt der kommunistische Umformungsprozeß auf die Veränderung gewisser äußerer Formen beschränkt und vermag nicht, die seelische Substanz zu zerstören. Jedes Paktieren der Bundesrepublik mit dem Regime von drüben, jeder Versuch einer Art volkdemokratischer Anpassung würde uns nicht nur nichts bringen, sondern im Gegenteil alles gefährden. Für uns kann die Wiedervereinigung niemals eine Volksdemokratisierung in Etappen sein. Sie darf nur bestehen in der Wiedergewinnung der Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen.

Ulbrichts Rezept

Ohne Verlauf und Ergebnis einer in Vorbereitung befindlichen internationalen Konferenz abzuwarten,

versucht die Opposition durch Mobilisierung der Atomangst den Tumult einer Volksbewegung zu inszenieren. Ich habe schon in meiner Rundfunkrede am 6. Februar darauf hingewiesen, daß hier eine Losung eifertig und unbedenklich aufgegriffen worden ist, die seit langem von Ulbricht vorgeschlagen wird — von einem Ratgeber also, der im Auftrag Moskaus handelt und nicht daran denkt, etwa auch Propaganda gegen die Atomwaffen der Sowjets zu machen. Wir werden sehen, was aus dieser Aktion wird. Zu der in England von oppositionellen Kräften in Szene gesetzten „Kampagne für die Abrüstung“ nahm schon bei der Ankündigung dieser Aktion die „Sunday Times“ wie folgt Stellung:

„Der gesunde Menschenverstand und die Erfahrung lehren, daß, wenn eine solche Kampagne erst einmal läuft, alle mit dem zentralen Thema verbundenen Voraussetzungen und Verpflichtungen sehr bald übersehen oder kurzerhand übergangen werden. Sie wird zu einer idealen Waffe für Demagogen und Radikale. Eine rationale Politik des Zusammengehens mit unseren Verbündeten und des Verhandeln mit unseren potentiellen Gegnern über eine schrittweise, umfassende und multilaterale Abrüstung bedarf keiner vorwärtstreibenden Massenkampagne, die unweigerlich zu einem Feldzug für den einseitigen Verzicht auf unsere Rüstung wird. Genau wie in den dreißiger Jahren die von wohlmeinenden Idealisten gegründete Peace Pledge Union (eine Organisation aktiver Kriegsgegner) zu einem Instrument von Pazifisten wurde, so wird die eigentliche Lenkung der geplanten Abrüstungskampagne von den gemäßigten Labour- und Gewerkschaftsführern bald an die Radikalen und die Politiker auf dem linken Flügel übergehen. Die Peace Pledge Union brachte den Krieg näher, — welche unvorstellbare Katastrophe könnte jetzt durch diesen abwegigen Schritt ausgelöst werden!“

Die viertägige Debatte im Bundestag hat unsere Lage ohne Beschönigung analysiert. Wir werden den Frieden und unsere Freiheit nur dann bewahren, wenn unsere Verteidigungsbereitschaft nicht durchlöchert wird. Darin allein liegen die Chancen einer Wiedervereinigung, die diesen Namen verdient. Und dazu bedarf es der Geduld.

DIE ENTSCHEIDUNG LIEGT BEI MOSKAU

Aus dem Protokoll der außenpolitischen Debatte des Bundestages am 20., 21., 22. und 25. März 1958

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer:

IN DER NATO BLEIBEN

„... Die NATO steht waffentechnisch und strategisch vor einer Umorganisation ... Es handelt sich um die Einführung von Raketenwaffen und die Frage der nuklearen Waffen im Bereich der NATO. Diese Anwendung der waffentechnischen Entwicklung auch in der NATO ist für die militärische und die politische Situation in der gesamten Welt und damit auch für Deutschland entscheidend. Gegen sie richtet sich in erster Linie die Agitation der Sowjetunion. Dabei hat die Sowjetunion selbst die Entwicklung der Waffentechnik mit allen Mitteln betrieben und sie sich in ausgedehntestem Maße zunutze gemacht.

In der Bundesrepublik wird in bestimmten Kreisen behauptet, die Ausrüstung der deutschen Bundeswehr mit nuklearen Waffen und Raketenwaffen würde zum Untergang Deutschlands führen, sie vergrößere die Spannungen in der Welt, verhindere die Wiedervereinigung, führe letzten Endes zum globalen Atomkrieg und damit zu einer fürchterlichen Katastrophe. Die Kreise, die das behaupten, sind daher der Auffassung, daß sich die Bundesrepublik unter keinen Umständen an dieser Neuorganisation der NATO be-

teiligen, daß sie weder nukleare Waffen noch Raketen haben dürfe ...

Der potentielle Gegner der NATO ist die Sowjetunion, der Ostblock. Die Sowjetunion ist mit nuklearen Waffen und Raketen ausgerüstet. Wenn ein wichtiger Teil der NATO nicht Waffen gleicher Stärke wie der potentielle Gegner besitzt, ist sie bedeutungslos und zwecklos geworden.

Wenn es die strategische Planung der NATO — die wir natürlich nachprüfen müssen und nachprüfen werden — verlangt, daß auch wir, die Bundesrepublik, von dieser Fortentwicklung der Waffentechnik Gebrauch machen, und wenn wir uns dann weigern, das zu tun, scheidet wir damit aus der NATO aus. Um diese Frage dreht sich, wenn man die Dinge substantiell sieht, unsere ganze Diskussion, also um die Frage: Sollen und müssen wir im Interesse des deutschen Volkes und im Interesse des Friedens in der Welt in der NATO bleiben, auch wenn es sich als nötig erweist, die waffentechnische und strategische Entwicklung der NATO mitzumachen? ...

Die deutsche Politik muß meines Erachtens zum Ziel haben: Rettung des Friedens in der Welt durch kontrollierte allgemeine Abrüstung, und zwar sowohl auf

dem Gebiete der nuklearen wie der konventionellen Waffen, dadurch allgemeine Entspannung, Sicherung unserer Freiheit und Wiederherstellung unserer Einheit ...

Das Geschick Deutschlands ist untrennbar verbunden mit dem Geschick der anderen Völker. Wir werden uns mit ganzer Kraft in den Dienst der Verhütung einer Weltkatastrophe stellen müssen; denn wenn eine Weltkatastrophe käme, dann würde Deutschland in sie hineingerissen werden, gleichgültig, ob es bewaffnet oder ob es nicht bewaffnet ist. Das ergibt sich aus der Natur eines globalen nuklearen Krieges, der weiteste Flächen umfassen würde, und aus der geographischen Lage Deutschlands ...

Wir haben im Interesse unserer Selbsterhaltung die Pflicht, alles zu tun, um eine Katastrophe zu vermeiden. Das können wir nur dann, wenn wir in der NATO bleiben, die NATO stärken, nicht aber, wenn wir durch Verweigerung sich etwa ergebender Verpflichtungen die NATO schwächen, aus ihr ausschei-

durch den Besitz der nuklearen Waffen bekommen hat, noch gesteigert. Das wird offenbar einmal durch ihre Politik im Mittleren Osten, dann aber auch durch ihr Verhalten in den ganzen Bemühungen um eine kontrollierte Abrüstung ... Der Sowjetunion sind weitestgehende Angebote gemacht worden; sie sind alle veröffentlicht. Sie hat stereotyp nein gesagt ...

Nun wird von den Wortführern der Bewegung gegen eine Bewaffnung unserer Wehrmacht mit nuklearen Waffen behauptet, es gebe nur die Wahl zwischen Atomtod und Unterlassung der nuklearen Bewaffnung. Dieser Satz ist völlig unrichtig ... Es gibt nicht nur Atomtod oder Unterlassung der nuklearen Bewaffnung, es gibt ein Drittes, und dieses Dritte ist das Ziel, das wir mit unserer Politik erstreben. Dieses Dritte ist die Verhütung jedes Atomkrieges durch allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Nur diese allgemeine, kontrollierte Abrüstung kann in Wahrheit die Welt vor den furchtbaren Schrecken eines Atomkrieges bewahren ...

Die 7. BUNDESTAGUNG DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CDU/CSU DEUTSCHLANDS wird am Freitag, dem 6., und Sonnabend, dem 7. Juni d. J., in Essen stattfinden. Wir bitten unsere Mitarbeiter und Freunde, sich diesen Termin schon jetzt vorzumerken. Einzelheiten veröffentlichen wir in unserer nächsten Ausgabe.

den. Wir sind ein wichtiger Bestandteil der NATO und wir würden durch vertragswidriges Verhalten die NATO zerstören ...

Die Weltlage ist, seitdem wir im Jahre 1954 in die NATO eintraten, viel kritischer und gefährlicher geworden. Sie ist nicht durch unseren Eintritt in die NATO kritischer und gefährlicher geworden. Wollen wir die Dinge doch einmal real sehen! Glauben Sie — und darin sehe ich die Zuspitzung der ganzen Lage —, daß sich Sowjetrußland seit 1954 in die Angelegenheiten des Orients hineingemischt hat, weil wir in die NATO eingetreten sind? ...

Diejenige nukleare Macht, die aggressive Tendenzen verfolgt, ist Sowjetrußland. Daran kann doch kein Zweifel bestehen. Demokratisch regierte Länder, wie die Vereinigten Staaten, wie Großbritannien, können ja überhaupt keinen Aggressionskrieg führen; es hindern sie die demokratischen Einrichtungen daran. Aber ein diktatorisch regierter Staat, das wissen wir doch — und Sowjetrußland ist ein diktatorisch regierter Staat —, kann ohne Rücksicht auf irgendwelche demokratische Hemmungen zu einem Angriffskrieg übergehen ...

Diejenigen, die glaubten, daß mit dem Tode Stalins eine andere, eine nichtaggressive Ära der russischen Politik eintreten werde, sind bitter enttäuscht worden. Auf dem Kongreß der Kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder im November 1957 ist in der Schlußdeklaration vom 16. November 1957 ausdrücklich die Beherrschung der Welt als das Ziel des Kommunismus erklärt worden. Diese Erklärung des höchsten Organs der kommunistischen Länder ist bisher von niemandem widerrufen worden.

Wir haben auch in der jüngsten Geschichte Beweise von der Aggressivität der Sowjetunion. Diese Aggressivität hat sich durch das Selbstbewußtsein, das sie

Ich habe eingangs gesagt, daß, wenn die Bundesrepublik sich weigern sollte, den zur Zeit noch nicht feststehenden, aber durch die moderne Entwicklung eventuell notwendig werdenden Umorganisationen strategischer und ausrüstungsmäßiger Art der NATO stattzugeben, damit die NATO auseinanderfällt. Dann ist die Lage unendlich viel gefährlicher, als sie es zur Zeit ist. Wenn zwei große Mächte Differenzen miteinander haben, wie die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, dann sind Verhandlungen nur mit Erfolg zu führen, wenn die beiden Mächte entsprechend stark sind. Das gilt vor allem für Verhandlungen mit der Sowjetunion. Die Aussichten, in Verhandlungen mit der Sowjetunion zu einem Ergebnis zu kommen, sind um so größer, je stärker derjenige ist, der ihr Verhandlungen vorschlägt.

Und wenn die NATO auseinanderfällt, dann stehen sich auf der Welt nur noch die Vereinigten Staaten, vielleicht mit England, und die Sowjetunion gegenüber. Dann sind wir politisch einflußlos geworden, und dann werden wir ein Objekt — und lediglich ein Objekt — der Politik anderer Länder ... Wenn wir bei großen politischen Fragen in Richtung auf eine Entspannung mitsprechen wollen, dann müssen wir auch bereit sein, die entsprechenden Lasten auf uns zu nehmen ...

Die NATO ist im Laufe der Entwicklung, wenn sie auch bei ihrer Gründung vornehmlich ein militärisches Defensivbündnis war, zu einem allgemeinen, großen politischen Bündnis geworden, das auf die gesamte Weltpolitik bestimmend einwirkt. Daher sollte man sich doch sehr gründlich die Frage überlegen: Soll dieses kleine Deutschland — lassen wir doch endlich einmal den deutschen Größenwahn beiseite! — sich von diesem großen Bündnis zurückziehen und seinen Einfluß in diesem Bündnis preisgeben? ...

Ich darf vielleicht auch daran erinnern, daß das Schlußkommuniqué der Pariser Konferenz ausdrücklich hervorhebt, daß die NATO-Partner die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit fordern; alle stehen hinter uns ...

Wir würden in der Befriedung der Welt, in der Entspannung und in unserem Verhältnis zu Sowjetrußland unendlich viel weiter sein, wenn den Deutschen in der Sowjetzone endlich gestattet würde, frei zu sein. Das ist der Wunsch, den ich habe, völlig frei von jedem nationalistischen Überschwang. Um die Menschen handelt es sich, und auf die Menschen kommt es an. Wenn ich mit den Leuten spreche, die von dort herüberkommen — wohl jeder von uns spricht mit solchen Leuten —, und wenn ich dann höre, unter welchem Druck die Menschen leben, dann meine ich, auch Sowjetrußland müßte doch einsehen, daß es diese Leute auch nicht mit Zwang zu Kommunisten machen kann. Sie bleiben Deutsche und sie sollen Deutsche bleiben. Es ist ein elementares Menschenrecht, um das es sich hier handelt, daß diese Menschen nach ihrem eigenen Gutdünken frei leben können ...“

Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier:

KAPITULATION IM NAMEN DER CHRISTLICHKEIT?

„... Die Zumutung im Alleingang, d. h. also ohne jede solide politische und militärische Rückendeckung, die Frage der Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands anzugehen, haben wir, von welcher Seite aus sie auch immer kam, bis jetzt abgewiesen. Wir müssen sie auch heute mit kühlem Bedacht abweisen ... Deutschland ist einfach nicht mehr in der Lage, aus eigener Kraft seine Position in der Weltpolitik hinreichend in einer seinen nationalen Bedürfnissen entsprechenden Weise zu sichern. Wir können unsere Position in der Weltpolitik von der Bundesrepublik aus zwar noch ideell und programmatisch bestimmen; aber verwirklichen können wir eine solche Position nur noch in Übereinstimmung mit den Weltmächten ...

Deshalb scheint mir auch, daß sich die Grundlinie unserer Politik als richtig erwiesen hat ... Ohne festen und verlässlichen Stand der Bundesrepublik im Schutzsystem der freien Welt gibt es keine reale Möglichkeit der Einwirkung auf den politischen Verlauf und keine zureichende Sicherheit für uns ...

Herr Dr. Heine mann hat gesagt: Wir wollen auch die Sicherheit, ja wir wollen eine bessere Sicherheit, ein anderes und besseres Sicherheitssystem. — Ich wäre gern bereit, darüber jede Diskussion zu führen. Aber ich behaupte, daß uns bei dem Willen zur Erlangung wirklicher Sicherheit in den vergangenen acht Jahren gar nichts anderes übrig blieb, als den Weg zu gehen, der zu diesem vielleicht nicht denkbar besten, aber realen Schutzsystem geführt hat, in dem wir das an Sicherheit haben können, was heute menschlich überhaupt erreichbar ist ... Es war nicht möglich, ein ideales Sicherheitssystem herbeizuführen. Aber wir konnten nicht nach dem Motto verfahren: ‚alles oder nichts‘. Das ist die reale Politik. Wir haben die klare Entscheidung dem unübersehbaren Risiko des Ungefähren vorgezogen ...

Die Situation, in der wir uns heute sehen, läßt sich im großen und ganzen in der dreifachen Feststellung zusammenfassen:

Erstens, ob auf der ganzen Linie eine Abrüstung stattfinden oder ob, ganz gleich, was wir in der Bun-

desrepublik machen, die nukleare Aufrüstung in der Welt weitergehen wird, darüber entscheidet, so wie die Dinge stehen, Moskau.

Zweitens, ob es eine atomwaffenfreie, eine militärisch verdünnte Zone, ob es ein Sicherheitssystem in Europa geben wird oder nicht, darüber entscheidet heute wiederum Moskau.

Und drittens, ob die Bundeswehr atomar bewaffnet wird oder bis auf einen Bundesgrenzschutz abgerüstet werden kann, darüber entscheidet leider heute auch Moskau ...

Die weitere Integration der Bundeswehr in die NATO ist unvermeidbar und unabwendbar, wenn eine allgemeine kontrollierte Abrüstung nicht zustande kommt ...

Am 24. Mai 1957, also vor Beginn der Londoner Abrüstungsverhandlungen, hat die Bundesregierung in einem Memorandum die sowjetrussische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die atomare Bewaffnung der Bundeswehr auf die Dauer unabwendbar sei, wenn es nicht zu ausreichenden Abrüstungsvereinbarungen komme. Wir haben zu den Verhandlungen in London gesagt: wir sind von vornherein mit allem und jedem einig, was sie da aushandeln, wenn es nur ein realer, ein wirklich wirksamer Schritt weiter auf dem Wege zur allgemeinen kontrollierten Abrüstung ist. Heute steht die Sache nicht anders. Dieser Satz gilt auch heute noch, und er gilt in jeder Hinsicht ...

Ich möchte ausdrücklich in dieser Debatte positiv den Grundsatz aufstellen, daß es eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr auf keinen Fall geben wird, wenn die Gipfelkonferenz im Lauf der nächsten 12 oder 18 Monate zu ausreichenden, durchführbaren und kontrollierbaren Abrüstungsvereinbarungen kommt ...

Ich treffe mich mit Herrn Dr. Heinemann in einem: ich unterschreibe für meine Person jedes Wort der Verdammung der Atomwaffen und aller anderen Massenvernichtungsmittel, wie sie in den offiziellen kirchlichen Verlautbarungen vorgenommen worden ist. Nur in der Konsequenz gehen wir auseinander. Ich kann das nicht anders tun, als wie es alle kirchlichen Verlautbarungen von New Haven bis zum gegenwärtigen Augenblick — jedenfalls soweit sie offiziell sind — getan haben. Sie haben nämlich alle miteinander auf der gegenseitigen allgemeinen kontrollierten Abrüstung bestanden ...

Ein Mann, der auch jetzt wieder zum Wortführer geworden ist im Rahmen der sogenannten Bewegung gegen den Atomtod — kein gutes Wort, denn es unterstellt denen, die dabei nicht mitmachen, daß sie für den Atomtod seien; was für ein Blödsinn! — sprach sich schon am 29. November 1951 gegen jeden militärischen Verteidigungsbeitrag Westdeutschlands aus. Das Verlangen nach einem Kräfteausgleich zwischen Ost und West im Interesse unserer Sicherheit wie im Interesse der Realisierung einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung wurde von ihm und seinen Anhängern in der damaligen ‚Ohne-mich‘-Bewegung abgelehnt mit der Bemerkung, daß ein solches Verlangen eine höchst unchristliche Politik der Stärke sei.

Der Direktor der Evangelischen Akademie in Bad Boll hat, wie ich meine, recht, wenn er in einer soeben erscheinenden scharfsinnigen Untersuchung vor allem des psychologischen Verhaltens der freien Welt zu dem Schluß kommt:

„Die ungeheure Abneigung der Westeuropäer gegen den Wehrdienst und die damit verbundenen Wehrausgaben verhinderten auch nur die Andeutung eines Ausgleichs der Kräfte zwischen Ost und West in klassischen Waffen. Das Ergebnis war, daß die

Amerikaner sich gezwungen sahen, sich mehr und mehr auf die Abschreckung durch Atomwaffen umzustellen.'

Herr Dr. Müller hat recht, wenn er weiter zu der Feststellung kommt, daß diejenigen, die einen Schutz Europas mit klassischen Waffen jahrelang zu verhindern versuchten, diese Entwicklung gefördert, ja, sie selber mit heraufgeführt hätten ... Herr Dr. Müller verweist in diesem Zusammenhang z. B. auf die Vorstellungen, die sich Herr Dr. Heinemann noch vor wenigen Jahren über die Verteidigung des Westens gemacht habe. Am 8. Januar 1954 sei Herr Dr. Heinemann bei einer Tagung in Bad Boll öffentlich gefragt worden, wie er sich eine amerikanische Garantie von ihm vorgeschlagenen Neutralität Deutschlands vorstelle. Herr Dr. Heinemann habe erwidert: 'Die Amerikaner haben ja Flugzeuge und Atomwaffen; sollte das gegen russische Angriffsabsichten nicht ausreichen?' ... Auf die erstaunte Gegenfrage, ob man nicht anstreben müsse, die Atomwaffen aus dem Spiel zu bringen, habe Herr Dr. Heinemann erwidert, ihm scheine im Augenblick das Bestehen des Atomremis die beste Friedensgarantie zu sein. Nun, man hat das Recht, seine Anschauungen zu wandeln ...

In der Januar-Nummer der 'Politischen Verantwortung', die unter anderem von den SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Arndt, Dr. Heinemann und Metzger herausgegeben wird, findet sich z. B. ein Artikel, in dem es heißt, daß sich inzwischen zeige, daß Abschreckung 'Terror' sei, ein Terror mit 'vergiftender Gewalt' auch über den, der ihn 'für den Frieden' übe. Die 'allgemeine Demoralisierung' sei unabwendbar, 'solange der Terror den Frieden sichert' ... Es gebe keine Rechtfertigung des Gleichgewichts mit Hilfe von Atomwaffen; es gebe nur eine Rechtfertigung des Verzichts und der Einübung und Ausübung des waffenlosen Widerstandes unter totalitären Systemen ... Worin unterscheidet sich eigentlich das, was hier anscheinend fundamental christlich, jedenfalls mit fundamental christlichem Anspruch vorgetragen wird, von Sir Stephen King-Hall?

Selbstverständlich ist es auf dieser Ebene, wenn man sie einmal betreten hat, völlig vorbei mit dem Recht zum bewaffneten Widerstand. So lesen wir denn:

'Der Begriff der Landesverteidigung ist ein antiquierter Begriff geworden. Wer ihn noch in den Mund nimmt, ist blind oder heuchelt.'

Das steht nicht in der 'Politischen Verantwortung', aber das hat Ihr Freund Gollwitzer — für den ich menschlich großen Respekt habe — klipp und klar festgestellt. Und nicht weniger eindeutig hat es Ihr anderer Freund, Herr Dr. Heinemann, Niemöller, nach einer Meldung der 'Westdeutschen Allgemeinen Zeitung' vom 10. März 1958 ausgeführt:

'Aus Liebe zu Land und Volk Landesverrat zu üben, das hielt Kirchenpräsident D. Martin Niemöller für eine der Möglichkeiten, es zu verhindern, daß Westdeutschland das Opfer eines Atomkrieges werde. Er erklärte, es könne ratsam sein, den Russen jede Raketenabschußstelle anzugeben, damit die Atombomben im Falle eines Krieges nicht auf die deutsche Bevölkerung fielen. Niemöller vertrat die Auffassung, daß die Vereinigten Staaten im übrigen den Rüstungswettlauf verloren hätten und der technische Vorsprung der Russen nicht mehr aufzuholen sei.'

Wenn man die Grundsatzfrage und die politische Situation so beurteilt, finde ich allerdings, daß es gar nicht so übel ist, wenn Herr Professor Vogel dem Ganzen noch einen großartigen Faltenwurf gibt und sagt: 'Lieber tot als Massenmörder!' Nun, wie gut wäre es, wenn der Herr Dekan der Theologischen Fa-

kultät von Berlin (Ost) diese Weisheit vor allem im Krenml predigen würde! ...

Die Reihe ließe sich beliebig vermehren ... In der von Dr. Heinemann herausgegebenen 'Stimme der Gemeinde' vom 15. März lesen wir:

'Die radikale Ablehnung der Atomwaffen gilt für den Krieg selbst dann, wenn die äußere Freiheit und die Demokratie dabei zeitweilig verlorengehen sollten. Denn sie können im Laufe der geschichtlichen Entwicklung wiedererlangt werden.'

... Der württembergische Landesbischof Haug hat kürzlich davon gesprochen, daß auf diesem Wege der Kapitulation im Namen der Christlichkeit ein ganzes Volk in Seelen verwandelt werden könnte, ohne daß ein Schuß fiel, tote Seelen, die dann freilich auch einmal ohne alle Skrupel jede Atomkanone, zu welchem Zweck auch immer, bedienen würden.

Die Leute, denen dieser Hinweis des württembergischen Bischofs in erster Linie gilt, halten es nicht nur für moralisch und politisch geboten, sondern sogar für heilsnotwendig, nicht nur gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr anzugehen, sondern im Namen des Christentums auch auf den einseitigen Verzicht auf Atomwaffen durch die Amerikaner und Engländer, selbstverständlich nicht nur in Deutschland, sondern konsequenterweise auch außerhalb Deutschlands, hinzuwirken. Offensichtlich ist ihnen dabei nicht aufgegangen, daß sie mit diesem Rigorismus nun gerade eines der wenigen realen Argumente der Opposition in diesem Hause stillschweigend mit ruinieren. Denn wenn die Forderung auf die einseitige Demontage der Atomwand in unserem Rücken gerichtet wird, entfällt selbstverständlich das Argument, mit dem die SPD und die FDP bis jetzt gearbeitet haben: daß amerikanische Atomwaffen schon allein ein hinreichendes Gleichgewicht gegen die russische Atombewaffnung sein würden ...

In einem wirklich bemerkenswerten Aufsatz über den Weg der SPD hat Herr Dr. Heinemann gemeint, daß der christlichen Gemeinde, wenn sie es vergessen würde, gesagt werden müßte, daß sie auf dem Nichts stehen soll und darf. Ich halte diese Aussage zwar für theologisch und christlich nicht richtig; aber ich will darüber hier nicht streiten. Ich möchte die SPD nur fragen, ob sie der Meinung ist — da es gesagt wurde unter dem Titel 'Der Weg der SPD' —, daß dies auch ein Rezept für ihren Weg oder sogar ein Rezept für den Weg des deutschen Volkes in den Wirren dieser Welt sein dürfe. Ich nehme an, daß die SPD die Parole vom Auf-dem-Nichts-stehen-dürfen nicht zur Grundlage ihrer Politik machen will. Was uns betrifft, so werden wir im Bewußtsein der uns zugefallenen Verantwortung solchen Abenteuern jedenfalls mit aller Entschiedenheit widerstehen ..."

Dr. Berthold Martin, MdB, Gießen:

DIE EIGENTLICHE GEFAHR

... Die Tatsachen, die Herr Professor Bechert (SPD) hier aufgeführt hat, sind der Weltöffentlichkeit im Jahre 1955 erstmals zur Gänze bekanntgeworden, und zwar deshalb, weil nach der Genfer Atomkonferenz die indische Regierung ein Buch über atomare Explosionen und ihre Folgen herausgegeben hat. Herr Professor Bechert hat dem, was darin geschildert ist, nichts Neues hinzugefügt ...

Als Professor Einstein in seinem jetzt schon historisch gewordenen Brief Roosevelt das Geheimnis preisgab und ihn praktisch dazu aufforderte, die Bombe zu bauen, tat er es, weil ihm eine andere

Tatsache vor Augen stand. Denn seit dem Jahre 1945 stehen wir in Deutschland und in der Welt eben zwischen zwei Tatsachen, zwischen zwei Übeln, von denen wir nicht wissen, welches das größere ist. Einstein ist vor einem totalitären System emigriert; und er hat das Geheimnis preisgegeben, weil er verhüten wollte, daß das Bild vom Menschen durch den Totalitarismus zerstört wird.

Derselbe Mann ist unter den schwersten Gewissensqualen durch sein Leben gegangen. Er ist es gewesen, der 1955 kurz vor seinem Tode einen beschwörenden Appell an die Welt gerichtet hat, ohne selbst zu wissen, wie er zwischen diesen beiden Feuern durchkommen könnte. Denn die sogenannte Tatsache hat man erst gesehen, wenn man weiß, daß es die Möglichkeit der physischen Vernichtung des Menschen gibt, und wenn man weiß, daß es die Möglichkeit seiner geistigen Auslöschung gibt ...

Herr Professor Jaspers, der einer der maßgebenden Denker in Deutschland ist und der jetzt dankenswerterweise seine Arbeit unterbrochen hat, um sich dem Problem der atomaren Bedrohung zu widmen, hat, wie Sie sicher wissen, in einer Radiorede das Ergebnis vieler seiner Überlegungen schon vorausgenommen. Es wird Sie interessieren, was er dazu sagt:

„Das Verhalten der Forscher bezeugt Ratlosigkeit. Zwischen der Ingeniosität ihrer technischen Erzeugung einerseits und der Ahnungslosigkeit ihres politischen Denkens andererseits klappt ein Abgrund. Erschrocken vor dem, was sie angerichtet haben, fordern sie mit Friedensgedanken eine Lösung, indessen sie die Sache weitertreiben. So intelligente Männer wollen und wollen nicht. Sie verhalten sich wie Kinder und sprechen von Tragödie.“

In diesem Tatbestand kommt zum Ausdruck, daß die Lösung eben nicht so einfach ist. Es kommt zum Ausdruck, daß man die Dialektik des Problems zerreißt und sich die Lösung verbaut, wenn man nur von der einen ‚Tatsache‘ redet, wenn man nicht beides zusammen im Griff hat: die Gefahr der physischen Vernichtung und die Gefahr der geistigen Auslöschung des Menschen.

Dasselbe gilt auch für das, was wir am letzten Sonntag in Frankfurt erlebt haben. Auch dazu Jaspers:

„Überall gibt es Leute, die protestieren. Man will die Bombe als solche für verbrecherisch erklären. Aber wie pazifistische Gesellschaften nicht das geringste zur Verhinderung des Krieges beigetragen haben, so sind alle Bestrebungen, die nur die Atombombe als solche verwerfen, ohne sie im Gesamtzusammenhang der realen Handlungen der Staaten und der offenbaren Antriebe der meisten Menschen zu sehen, vergeblich und gefährlich.“

Die Frage, die hier schon, wie ich meine, tagelang beantwortet worden ist, ist doch die, wie Sicherheit im atomaren Zeitalter möglich ist ...

Damit berühren wir die sogenannte ethische Frage, auf die Herr Heinemann uns noch einmal angesprochen hat. Herr Heinemann, ich weiß so gut wie Sie, daß der *debitus modus belli gerendi* heute ein Problem allererster Ordnung für uns ist. Sie können versichert sein, daß wir nicht einmal, sondern wochenlang darüber geredet haben. Und wenn hier schon ein Dutzend persönlicher Bekenntnisse abgelegt worden sind, so möchte ich Ihnen sagen, Herr Heinemann: Wir haben in den vergangenen Wochen alles, was uns an theologischer Tradition und weltlicher Weisheit erreichbar war, daraufhin durchgesehen, ob uns daraus eine Hilfe erwachsen könne. Denn die Atomsorge, die die Menschen draußen mit Recht beschäftigt, ist vor allem und zuerst auch unsere Sorge ...

Wie man auch über die moderne theologische Entwicklung denken mag, eines ist sicher: die Obrigkeit hat heute nach wie vor den unabdingbaren Auftrag, den Frieden im Lande zu sichern und den Menschen die Freiheit zu bewahren ...

Wir unterscheiden uns in der Beurteilung der Realitäten. Es ist, um ein Wort von Ihnen zu gebrauchen, Herr Dr. Heinemann, schon verheerend, wenn Frau Helene Wessel hier alles, was über den Bolschewismus zu sagen ist, abtut mit der Meinung, wir hätten einen Kommunistenwahn, einen Kommunistenschreck, — als ob mit diesen Worten der Tatsache Rechnung getragen wäre, daß 20 Millionen in Zwangsarbeitslagern sind, als ob mit diesen Worten der Menschen gedacht wäre, die an Leib und Seele seit 1917 zerbrochen worden sind, als ob mit diesen Worten die Situation unserer Brüder und Schwestern im Osten auch nur anvisiert wäre.

In dieser Situation hat es keinen Sinn, sich gegenseitig mit allzu theologischen Argumenten anzugehen ... In dieser Situation helfen keine abstrakten Überlegungen, sondern nur der Appell an die Vernunft und die Erfahrung.

Die wesentliche Erfahrung, die nach dem Kriege gemacht worden ist, ist doch diese: Die Amerikaner haben, solange sie das Atommonopol gehabt haben, nie einen Versuch der Erpressung, der Vergewaltigung, der Aggression, der Okkupation gemacht. Sie haben im Baruch-Plan das ganze Geheimnis unter der Bedingung der Kontrolle angeboten. Sie haben in der Korea-Krise, in Indochina, in allen internationalen Entwicklungen keinen Gebrauch von ihrer Überlegenheit gemacht. Daraus folgt — und das ist nun das Entscheidende —, daß in der heutigen Situation nicht die Atombombe, sondern die Existenz eines totalitären Staates die eigentliche Gefahr ist. Denn alle denkenden Menschen wollen, daß die Atombombe abgeschafft wird. Die Existenz der Atombombe allein würde unter vernünftigen Menschen, möchte ich fast sagen, eine Weltfriedensordnung geradezu erzwingen. Wir haben diese Weltfriedensordnung heute noch nicht, weil die Russen bis zur Stunde die Kontrolle der Atomenergie verweigert haben ...

Es ist nicht angenehm, zu wissen, daß in dieser Zeit — um mit Churchill zu reden — ‚der Friede das Kind des Schreckens‘ ist. Aber diese furchtbare Tatsache gehört ebenfalls mit zu unserer Erfahrung. Jedermann weiß es ... Es hat sich überall bestätigt, daß der Friede gegenwärtig auf der Abschreckung beruht. Wer sie der freien Welt in der augenblicklichen Phase des Übergangs zu einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung verweigert, der verhindert nicht den Krieg, sondern vergrößert die Kriegsgefahr ...

Diejenigen, die sich gegen die atomare Rüstung wenden, sollten wissen, wie unempfindlich die Russen für theologische und moralische Argumente sind, und sollten bedenken, daß es nicht nur eine politische, eine militärische, sondern durchaus auch eine psychologische Vorleistung von hoher Wirkung geben kann ...“

Dr. Luise Rehling, MdB, Hagen/Westf.:

ANGST MACHT KOPFLOS

„... Wir Frauen der Regierungsparteien, die wir unser Mandat in diesem Hause von Anbeginn unserer Arbeit im außenpolitischen Bereich dahin verstanden haben, daß unser vornehmstes Anliegen die Erhaltung des Friedens in der Welt sein muß, verwahren uns auf das entschiedenste dagegen, daß man uns unterstellt, eine Politik zu unterstützen, die auf den Krieg hinarbeitet. Das Ziel unserer Bemühungen ist der Friede

und nicht der Krieg. Wenn jemand anders urteilt, so können wir ihn leider nicht daran hindern; aber besonders unter Christen hat man nicht das Recht, den Willen des anderen zum Frieden und seine subjektive Ehrlichkeit in Zweifel zu ziehen. Es kann doch im Ernst niemanden geben, der daran zweifelt, daß die der Riegerungskoalition angehörenden Männer und Frauen mit allergrößter Gewissenhaftigkeit und unter genauester Prüfung aller Tatbestände ihre Entscheidungen treffen, wenn es darum geht, ihren Kindern und der gesamten deutschen Jugend den Weg in eine friedliche Zukunft zu bahnen.

Wir denken nicht daran, uns überheblich über die vorgebrachten Einwände hinwegzusetzen. Wir meinen allerdings auch, daß man eine so ernste Situation nicht dadurch bewältigen kann, daß man die um die Sicherung ihrer Existenz besorgten Menschen in Angst und Schrecken versetzt. Das sind nach unserer Meinung schlechte Ratgeber, wenn es gilt, Gefahren zu überwinden. Angst macht kopflos, und Kopfllosigkeit ist das, was man in einer solchen Lage am allerwenigsten gebrauchen kann.

Uns kann nur klare und nüchterne Überlegung helfen. Mir scheint, man kann gar nicht oft genug darauf hinweisen, daß unsere ganze Politik in den vergangenen Jahren nur das eine Ziel gehabt hat und es auch in Zukunft haben wird, jeden Krieg, nicht nur den Atomkrieg, zu vermeiden. Wir verabscheuen nicht nur die Atombombe, sondern ebenso sehr alle Formen der Kriegführung, wie sie unsere Generation so leidvoll erlebt hat.

Die Vertragswerke, denen wir Frauen der Regierungsparteien unsere Zustimmung gegeben haben, sind ohne jede Einschränkung auf die Erhaltung des Friedens abgestellt; und es ist doch nicht zu leugnen, daß unsere Zugehörigkeit zur Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft der Bundesrepublik und damit auch den deutschen Frauen und Müttern das Ausmaß an Sicherheit und Frieden gewährleistet hat, dessen wir uns bis zum heutigen Tage erfreuen dürfen und das unsere Brüder und Schwestern in der Sowjetzone überhaupt noch hoffen läßt . . .

Wo wären wir denn, wenn wir den Ratschlägen der Opposition gefolgt wären?! Sie hat uns bis heute noch kein System aufweisen können, das den Schutz der Bevölkerung hier so garantiert hätte, wie wir es immerhin zustande gebracht haben . . .

Wir können die deutschen Frauen und Mütter nicht eindringlich genug davor warnen, sich die klare Sicht vernebeln zu lassen, wenn in den kommenden Monaten unter der Parole ‚Kampf dem Atomtod‘ eine Aktion durchgeführt wird, deren Ziel es ist, die Entschlußkraft der Regierung zu lähmen. Ich hoffe, die

deutschen Frauen erkennen, daß Protestaktionen, Kundgebungen und Entschließungen nur dann von Wert sind und zu einem Erfolg führen, wenn sie ein echtes Echo auch jenseits des Eisernen Vorhangs finden. Daran aber hat es noch immer gefehlt; folglich dienen derartige Aktionen, ohne daß die Veranstalter es wollen, nur dazu, Wasser auf die Propagandamühlen der Sowjets zu leiten.

Man kann eine Fülle von Beispielen aus der Vergangenheit anführen, daß sie immer wieder versucht haben, in die innenpolitische Meinungsbildung anderer Völker einzugreifen und den Nervenkrieg in den Dienst ihrer psychologischen Kriegführung zu stellen. Ich erinnere nur an ihr Verhalten, wenn wir vor Marksteinen der Entwicklung in der Frage der europäischen Einigung standen . . .

Es ist leider auch bei uns nicht von der Hand zu weisen, daß auf mannigfache Weise und durch die verschiedensten Kanäle versucht wird, die öffentliche Meinung dahin zu bringen, daß sie einem Zustand der Angst und des Schreckens anheimfällt, statt sich mit Klarheit und Nüchternheit die Situation deutlich zu machen, in der wir stehen . . .

Ich will, um jedes Mißverständnis auszuschließen, sagen, daß ich in keiner Weise den Verfassern von Entschließungen und Erklärungen gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen und die Lagerung von Atomwaffen im Bundesgebiet unterstelle, daß sie mit der Kommunistischen Partei sympathisierten oder gar selbst Kommunisten seien. Es ist aber nicht zu bestreiten — und sie können sich dagegen gar nicht wehren —, daß sie von den kommunistischen Organisationen als willkommene Bundesgenossen betrachtet werden . . .

Die Hoffnung der Sowjets auf eine einseitige Abrüstung der freien Völker wird — das sollte man sich in aller Deutlichkeit klarmachen — durch solche Aktionen ganz erheblich gestärkt. Die Lautstärke und die Geschicklichkeit, mit der die sowjetische Propaganda betrieben wird, soll doch die Menschen im Westen dazu bringen, zu übersehen, daß die Abrüstungsbemühungen der freien Welt eine im Gegensatz zu den sowjetischen Propagandavorschlägen wirklich durchgreifende Beseitigung der Atomwaffen Gefahr zum Ziel haben und daß diese Bemühungen bisher an dem hartnäckigen Nein des Kremls gescheitert sind. Moskau erwartet, daß die freie Welt ihre Verteidigungsorganisationen, ja, ihren Willen zur Verteidigung aufgibt und sich auf den guten Willen des kommunistischen Machtblocks verläßt. Es kann aber nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, sich auf sowjetische Großmut zu verlassen. Diese Vokabel steht nicht im Wörterbuch des Kremls . . .“

VOM „ATOMAREN ANTICHRISTEN“ UND DER THEOLOGIE DES UNTERGANGS

von Dr. Harald Oldag, Bonn

Der Anbruch des Atomzeitalters, Quelle ungezählter menschlicher Hoffnungen und ebenso vieler quälender Befürchtungen, hat unter anderem dazu geführt, daß der Antichrist von bestimmten Theologen gleichsam in atomaren Sprengsätzen lokalisiert wird. Und zwar nicht etwa dort, wo diese furchtbaren modernen Kampfmittel in den Händen von Leuten sind, die offen zugeben, den gesamten Erdball ihrem erklärten atheistischen System unterwerfen zu wollen, sondern praktisch auf der Seite einer freien Welt, die sich mühsam genug gegen diesen lebensgefährlichen Aggressor zu einem Verteidigungsbündnis zusammenge-

funden hat. Diese Lehre von einer Art „atomaren Antichristen“ samt einer ihm zugeordneten neuen „atomaren Theologie“ findet sich als Kernstück in einer Anfrage der sogenannten Kirchlichen Bruderschaften, mit der man die bevorstehende gesamtdeutsche Synode von ihrem eigentlichen Thema: „Kirche und Erziehung“ abbringen möchte.

Unterschieden ist diese Anfrage von einer Anzahl im wesentlichen linksgerichteter Theologen und Laien. Ihre synodalen Exponenten, die Professoren Iwand, Gollwitzer und Heinrich Vogel, wollen offenbar nachholen, was ihnen auf der letztjährigen

Synode bei ihrem erfolglosen Kampf gegen den Militärseelsorgevertrag mißlang. Ihr Unternehmen ist insofern verschärft worden, als man es mit einem radikalen kirchlichen Verdammungsurteil gegen alle politisch Andersdenkenden versehen hat.

10 Thesen

Das alsbald in die Presse lancierte Dokument nennt sich „ein Brief und eine Anfrage an die Synode“. Der Brief ist im Namen der „Kirchlichen Bruderschaften“ in Rheinland und Westfalen von Landgerichtsrat Dr. Simon in Düsseldorf und Oberkirchenrat Kloppeburg in Dortmund unterzeichnet. Unter der Anfrage, die in 10 Thesen gipfelt, stehen Unterschriften im Namen der „Theologischen Sozietät Baden“, des „Evangelischen Arbeitskreises Unterwegs in Berlin-Brandenburg“, der „Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft Niedersachsen“, der „Kirchlichen Bruderschaften“ in Hessen-Nassau, in Nordwestdeutschland, im Rheinland, in Westfalen und in Württemberg und der „Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft der Pfalz“. Die noch nicht abgeschlossene Unterschriftenliste soll der Synode noch zugeleitet werden.

Absatz III der Anfrage mit den 10 Thesen lautet:

„Wir fragen darum die Synode, ob sie die folgenden zehn Sätze zur Unterweisung der Gewissen als Antwort auf die Frage nach dem Handeln des Christen angesichts der Atomwaffen mit uns gemeinsam sprechen kann:

1. Der Krieg ist das letzte, in allen seinen Gestalten von jeher fragwürdige Mittel politischer Auseinandersetzung zwischen Völkern und Staaten.
2. Kirchen aller Länder und Zeiten haben die Zubereitung und Anwendung dieses Mittels bis heute aus verschiedenen guten und weniger guten Gründen nicht für unmöglich gehalten.
3. Die Aussicht auf einen künftigen unter Gebrauch der modernen Vernichtungsmittel zu führenden Krieg hat eine neue Lage geschaffen, angesichts derer die Kirche nicht neutral bleiben kann.
4. Krieg als Atomkrieg bedeutet die gegenseitige Vernichtung der an ihm beteiligten Völker mit Einschluß unzähliger Menschen anderer Völker, die am Kampf beider Seiten nicht beteiligt sind.
5. Krieg als Atomkrieg ist damit als ein zur politischen Auseinandersetzung untaugliches, weil ihre Voraussetzung aufhebendes Mittel erwiesen.
6. Die Kirche und der einzelne Christ können darum zu einem als Atomkrieg zu führenden Krieg im voraus nur nein sagen.
7. Schon die Vorbereitung eines solchen Krieges ist unter allen Umständen Sünde gegen Gott und den Nächsten, an der sich keine Kirche, kein Christ mitschuldig machen darf.
8. Wir verlangen darum im Namen des Evangeliums, daß der Vorbereitung dieses Krieges im Bereich unseres Landes und Staates ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen sofort ein Ende gemacht werde.
9. Wir fordern alle, die mit Ernst Christen sein wollen, auf, sich der Mitwirkung an der Vorbereitung des Atomkrieges vorbehaltlos und unter allen Umständen zu versagen.
10. Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens.“

Politischer Feldzug theologisch verbrämt

Begründet wird das Vorgehen mit der Behauptung, daß die bisherige Diskussion über die Haltung des Christen gegenüber der Erprobung, Herstellung, Lagerung und Anwendung atomarer Waffen sowie gegen-

über ihrer politischen Einplanung durch übernommene und „inzwischen überholte theologische Meinungen“ zum Wesen des Staates sowie zu Sinn und Rechtfertigung der Gewaltanwendung und des Krieges bestimmt gewesen sei. Der Charakter der neuen Waffen hebe den Sinn des Krieges überhaupt auf. Auch ein unter dem Gesichtspunkt der äußersten Staatsnotwehr erlaubter Verteidigungskrieg werde illusorisch, weil, was zu verteidigen wäre, im Kriegsfall mit vernichtet würde. Der evangelischen Kirche verbiete sich nicht nur „jegliche Billigung und Mitwirkung an einem atomaren Krieg und seinen Vorbereitungen, sondern ebenso ein stillschweigendes Geschehenlassen“. In dieser Frage sei der Status confessionis gegeben, und auch die Militärseelsorge habe sich an diese Maximen zu halten.

„Um das klärende Gespräch zu fördern“, heißt es dann weiter, „stellen wir die Anfrage schon jetzt in der kirchlichen Presse zur Diskussion.“ Das hat sich so vollzogen, daß vorwiegend in linksgerichteten Zeitungen und Publikationen schlagartig Aufsätze erschienen, die die Bruderschaftsanfrage praktisch zu einer Anklage gegen die Politik der Bundesregierung machten. So schrieb ein offensichtlich über die innerkirchlichen Zusammenhänge gut ins Bild gesetzter Autor namens Thomas Gnielka in der „Frankfurter Rundschau“ und ähnlich gerichteten Organen vom „atomaren Antichristen“ und einem „Aufstand des Gewissens“. Es müsse mit der bruderschaftlichen Anfrage ein Mehrheitsbekenntnis der Synode angestrebt werden, das auch den „zwischen Bischof Dibelius und Bundeskanzler Adenauer abgeschlossenen Militärseelsorgevertrag mehr oder weniger gegenstandslos“ machen würde. Dabei wird vollständig ignoriert, daß dieser Vertrag von der Synode 1957 mit einer weit überwiegenden Mehrheit gebilligt wurde. Offen wird in diesem Aufsatz auch zugegeben, daß man mit dieser Aktion „die evangelischen CDU-Mitglieder, die als prominente Titelträger der evangelischen Kirche Sitze oder Ämter im Bundestag oder in der Bundesregierung innehaben“, treffen möchte. Das theologisch verbräunte Vorgehen erweist sich so als ein politischer Feldzug, der offenbar auch auf die damals bevorstehende Bundestagsdebatte Einfluß nehmen sollte.

Verketzerung der Andersdenkenden

Die theologische Munition für das Trommelfeuer, das nunmehr in breiter Front auf die Synodalen niedergeht, hat Helmut Gollwitzer schon vor einigen Monaten in seiner Broschüre „Die Christen und die Atomwaffen“ bereitgestellt. Er und Iwand haben übrigens in ihrer Eigenschaft als Synodale bei der Leitung der Synode beantragt, die doch längst entschiedene Frage der Militärseelsorge erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Thomas Gnielka meint dazu mit entwaffnender Offenherzigkeit: die beiden hätten das nur getan, um die Synode zur Behandlung des Antrages der „Bruderschaften“ zu zwingen. Denn den „Bruderschaften“ fehle vor diesem oberstem Gremium der EKD die Legitimation, als Antragsteller aufzutreten.

Gollwitzer vertritt in jener Broschüre die Auffassung, daß die Atomwaffen als Massenvernichtungsmittel das Wesen des Krieges nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ verändert hätten. Diese Veränderung müsse dazu führen, daß die klassische Lehre des Protestantismus in Sachen des Krieges und seiner Rechtfertigung für den Christen ihre Geltung verliere. Es steht außer Zweifel, daß es sich hier um eine theologisch ernstzunehmende Frage handelt, bei deren Erörterung allerdings deutlich herausgestellt werden muß, daß es keinen Christen auf dieser Welt gibt, der einen atomaren Krieg wünscht.

Bedenklich und einer sachgemäßen Diskussion wenig förderlich ist aber auch die Tonart, in der Gollwitzer seine atomare Theologie vorgetragen hat. Ein bekannter Seelsorger und Publizist wie der Direktor der Evangelischen Akademie Herrenalb, Pastor Hans Schomerus, schrieb in „Christ und Welt“, daß Gollwitzers Schrift „an manchen Stellen die Grenze der Verbalinjurie erheblich überschreite“. Es wimmele von Ausfällen gegen die theologischen Gegner wie „schwächlicher Appell“, „blamabel“, „christliche Gotteslästerung, vor der die Lästerungen des professionalen Atheismus des Ostens zur Harmlosigkeit verblassen“, „moralischer Tiefstand“, „Perversion“, „Unverfrorenheit“, „romantische Parole von verhängnisvoller Ahnungslosigkeit“ und dergleichen mehr. — Kann es eine gute Sache sein, für die solche Ausdrücke gebraucht werden? Muß nicht der nächste Schritt bereits zur Verketzerung des Andersdenkenden führen?

Schomerus wirft Gollwitzer mit Recht vor, daß er unentwegt unbequeme Tatsachen ausklammere. Kein Wort verliere er über das Moskauer politische Programm der Weltrevolution, kein Wort über Korea, kein Wort über Ungarn. Die entsetzliche Gewissensnot westlicher Staatsmänner in der atomaren Frage stelle sich ihm überhaupt nicht. Weiß Gollwitzer denn gar nichts davon, daß es das Los jedes Staatsmannes geschärften Gewissens ist, viele seiner Entscheidungen nur gequälten Herzens und mit Furcht und Zittern fällen zu können? Weiß er denn nichts von der Ausweglosigkeit fast allen menschlichen Tuns, das immer und überall auf Gnade und Vergebung angewiesen ist? Gibt es nicht eine entsetzliche ethische Perfektion, die die Gegebenheiten menschlicher Existenz ignoriert und damit dem Untergang Tür und Tor öffnet. So wie er vorgeht, hebt Gollwitzer eigentlich schon alle Bruderschaft auf. Seine Lehre bekommt eifernde Züge. Der Weg zu den besonders verhängnisvollen Thesen 8 bis 10 der „Kirchlichen Bruderschaften“ ist hier bereits vorgezeichnet. Einer solchen Geisteshaltung bleibt zum Schluß nur noch das Verdammungsurteil der schaurigen These 10.

Scheidung der Geister

Der bedingungslose Atomstreik, für den die Thesenunterzeichner eintreten, könnte natürlich nur im Westen praktiziert werden. So sehen sie denn auch den Einwand voraus, daß ein solches Verhalten die Weltherrschaft des Bolschewismus nach sich ziehen würde, daß sie also einer Theologie des Untergangs der Freiheit und des menschenwürdigen Lebens das Wort reden. Sie versuchen, diesem Einwurf mit dem Argument zu begegnen, die Parole „lieber tot als Sklav“ sei heidnisch. Nun — ein Christ könnte notfalls die Gefangenschaft des Leibes hinnehmen. Was aber ganz und gar unerträglich für ihn wäre, ist die geistige, die seelische Versklavung, der Seelenmord nach der Methode der Gehirnwäsche und der Verwirrung aller Begriffe, das Diabolische des totalitären Systems, dessen Zentrum der Kreml ist. Um seiner Seele willen wird der Christ also lieber unter Todesrisiko frei — auch im Glauben frei — bleiben, als „rot“ physisch überleben wollen. Vom Gegenteil kann ihn kein Untergangstheologe, kein King-Hall und kein Kloppenburg überzeugen. Hier ist eine absolute Grenze gesetzt. Auch theologisch scheiden sich hier die Geister. Gerstenmaier hat das im Bundestag deutlich gemacht, der Gießener Abgeordnete Martin zitierte in seiner vielbeachteten Jungfernrede dazu Jaspers und Calvin. Asmussen veröffentlichte inzwischen 10 Gegenthesen. Auch der württembergische Landesbischof Haug hat vor seiner Synode den Bruderschaften mit Nachdruck widersprochen.

Asmussens Gegenthesen

Asmussen geht davon aus, daß es nicht fair sei, eine Anfrage an die Synode zu richten und gleichzeitig — noch dazu unter Drohung mit dem Status confessionis — die Antwort vorwegzunehmen. Er wendet sich gegen die falsche Alternative, als ob unser Volk in Menschen zerfalle, die für, und solche, die gegen die Atombombe seien. Wer aus einer Synode ein Propagandainstrument für eine bestimmte Politik machen wolle, zerstöre die Synode, d. h. die Kirche, und untergrabe gleichzeitig das Parlament, also die gesetzgebende Obrigkeit. Wie richtig das gesehen ist, beweist die Störung der staatlichen Ordnung, die von der „Atomtod“-Bewegung her droht, und der unheilvolle Streit in Kirche und Gemeinde, der sich am Anathema der „Bruderschaften“ entzünden muß. Am gewichtigsten dürfte der Satz Asmussens sein, daß die Atombombe zwar den Leib zu vernichten vermöge, daß aber diejenigen, denen bei einer einseitigen und bedingungslosen atomaren Abrüstung des freien Westens die Weltherrschaft mit Sicherheit zufallen würde, ein geistig-politisches System verträten, das des Menschen Seele ertöte. „Die Entscheidung“, sagt Asmussen, „welche die sogenannten Bruderschaften jetzt von der Synode verlangen, ist diese: Zieht endlich die Konsequenzen aus dem Glauben, daß das animalische Leben mehr wert ist als der Geist.“ Dieser Satz verliert auch dann nicht an Gewicht, wenn eingewandt wird, daß unter dem Atompilz möglicherweise nicht nur der Leib stirbt, sondern auch Ungezeugtes und Ungeborenes getroffen werden kann.

Die Stimme der Ökumene

Landesbischof Haug ist bei seiner Stellungnahme von dem 5-Punkte-Programm ausgegangen, das der Zentralausschuß des Weltkirchenrates in New Haven im letzten Sommer zur Atomfrage beschlossen hat. Hier wird gefordert:

- „1. Einstellung der Atomexperimente durch internationale Absprachen;
2. Produktionsstopp für Kernwaffen unter wirksamen Kontrollmaßnahmen;
3. stufenweise Abrüstung der nationalen Streitkräfte in Atom- und Konventionalwaffen bei entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen;
4. Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit in der Entwicklung der Atomenergie für friedliche Zwecke, ebenfalls unter angemessenen Sicherheitsvorkehrungen;
5. Errichtung eines wirksamen Systems für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten und friedliche Anpassung an veränderte Verhältnisse.“

Diese Entschließung hat sich auch das Weltluthertum im August 1957 in Minneapolis zu eigen gemacht: „Wir begrüßen und unterstützen alle ehrlichen Anstrengungen, die jetzt zur Begrenzung und Kontrolle jeder Art von Waffen sowie zur Herstellung der Grundlagen für einen sicheren Frieden unternommen werden. Wir wiederholen den Appell von New Haven, alle Waffen der Massenvernichtung einschließlich der Atom- und Wasserstoffbomben zu verbieten und entsprechende internationale Inspektions- und Kontrollorgane zu schaffen. Wir wissen, daß ein umfassendes Abrüstungsprogramm stufenweise verwirklicht werden muß...“

Persönlicher Widerspruch Bischof Haugs

Zum Vorgehen der „Bruderschaften“ meinte Bischof Haug, er möchte der EKD-Synode nicht vorgreifen, aber vorsorglich gegen zwei Punkte seinen persönlichen Einspruch anmelden: Dieser beziehe sich einmal

auf die Formulierung der These 8, die im Namen des Evangeliums fordert, „daß der Vorbereitung des Atomkrieges im Bereich unseres Landes und Staates ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen sofort ein Ende gemacht werde“. Rüstung für den Fall eines Krieges und zur Verhinderung desselben und „Vorbereitung eines Krieges“ seien doch nicht ein- und dasselbe. Ebenso entschieden lehnte der Bischof die These der „Bruderschaften“ ab, daß ein anderer Standpunkt oder Neutralität in der Atomwaffenfrage christlich nicht vertretbar sei und beides die Verleugnung aller drei Glaubensartikel bedeute. „In beiden Fällen werden nach meiner Überzeugung politische und theologische Kurzschlüsse vollzogen, die Kirche und Staat schwer verwirren könnten.“

Bischof Haug und Asmussen stehen mit ihrer kategorischen Ablehnung der Bruderschaftsthesen nicht allein: Vor kurzem tagten in Berlin die Kirchenkonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, und es kamen dort, wie verlautet, in größter Einhelligkeit die ernstesten Bedenken gegen das Vorgehen der „Bruderschaften“, insbesondere gegen das Verdammungsurteil gegenüber politisch Andersdenkenden oder sich neutral Verhaltenden, zum Ausdruck. Energisch wurde auch die Drohung mit einer Spaltung der evangelischen Kirche zurückgewiesen. Wer mit solchen Gedanken auch nur spielt, versündigt sich nicht nur am corpus Christi, sondern auch an der letzten organisatorischen Klammer zwischen West- und Mitteldeutschland, die die EKD bis heute darstellt.

Bittere Folgen für die Gemeinde

Offenbar haben die Unterzeichner der Thesen, insbesondere soweit sie im geistlichen Amte stehen, bei ihrer Unterschriftsleistung keine rechte Vorstellung davon gehabt, welche Folgen ein solches Vorgehen für ihre Gemeinden wie auch für ihr Amt selbst haben

muß. Denn der unterschriftliche Vollzug des Verdammungsurteils der These 10 hebt praktisch die brüderliche Gemeinschaft zwischen den Unterzeichnern und jenen Gliedern ihrer Gemeinden wie der Gesamtkirche auf, die theologisch und politisch einen anderen Standpunkt vertreten. Darüber hinaus aber wird hier zu mindest deklamatorisch eine Exkommunikation vollzogen. Ein Pastor, der auf These 10 beharrt, also das, was er unterschrieben hat, wirklich ernst meint, kann jedenfalls mit gutem Gewissen einem Glied seiner Gemeinde, das beispielsweise hinsichtlich der atomaren Frage die Auffassungen der Bundesregierung teilt, kein kirchliches Amt mehr anvertrauen. Er kann ihm im Grunde auch nicht mehr das Heilige Abendmahl reichen. Kurz — er muß ihn als im Zustand der Todsünde befindlich ansehen. Es kann gar nicht ausbleiben, daß sich in Gemeinden, in denen sich Unterzeichner der bruderschaftlichen Thesen in leitendem kirchlichen Amt befinden, nunmehr heftige Auseinandersetzungen ergeben, weil die von dem Anathema Betroffenen zur Gegenwehr schreiten müssen. Diese Welle schwerer Störung des gemeindlichen Friedens kann nur aufgehalten werden, wenn die Unterzeichner unverzüglich öffentlich und in aller Form ihre Unterschrift — mindestens bezüglich der Thesen 8 bis 10 — zurückziehen und eine Vergebung seitens der verletzten Gemeindeglieder anstreben. Andernfalls muß es, so vor allem bei Pastoren, zu Auseinandersetzungen bis hin zum Lehrzuchtverfahren kommen. Auch ist es fraglich, ob ein Presbyter, der sich eines solchen Verdammungsurteils gegen seine Gemeindeglieder mit-schuldig gemacht hat, noch im Amte tragbar ist. Jedenfalls ist hier eine schwerwiegende Zuspitzung erfolgt, deren innerkirchliche Folgen noch nicht abzusehen sind. Martin Luther hat schon gewußt, warum er sich in so scharfen Worten gegen die Schwärmer gewandt hat . . .

BRENNPUNKTE UND METHODEN DES MITTELDEUTSCHEN KIRCHENKAMPFES

Nach der Verfassung, die sich die „DDR“ im Jahre 1949 gegeben hat, sollen Kirche und Staat getrennt sein. Heute beruft sich das Zonenregime auf diesen Grundsatz nur noch dann, wenn es sich darum handelt, der Kirche irgendwelche Rechte streitig zu machen. Von einer gleichberechtigten Partnerschaft ist nie die Rede gewesen. Aber schon ein freies Gegenüber würde sich mit der Wirklichkeit eines totalen Staates nicht vertragen. So ist die Kirchenpolitik der verantwortlichen Stellen in der „DDR“ heute nach einem Leitbild orientiert, das man umschreiben könnte: die Kirche als Teil des Staates.

Die Kirche soll parieren wie jeder andere auch. Das ist die Hauptsache! Das war der eigentliche Gedanke, wenn man im Verlauf des letzten halben Jahres Männer wie Schmutzler und Giersch, Grünbaum und Klewitz, Maercker und manchen unbekanntem Gemeindepfarrer unter Hinweis auf die „Gesetze der DDR“ vor Gericht gestellt und mehr oder weniger drastisch abgeurteilt hat. Das ist auch gemeint, wenn August Bach, der Präsident der sowjetzonalen Länderkammer, auf der letzten Sitzung des Hauptvorstandes der Ost-CDU in Halle zum Nachfolger des verstorbenen Parteivorsitzenden Otto Nuschke berufen, von den evangelischen Kirchenleitungen in seiner Programmrede erneut eine Erklärung gefordert hat, „daß sie auf dem Boden der Gesetzlichkeit unseres Arbeiter- und Bauernstaates zu stehen bereit sind“.

Zwang zur politischen Akklamation

Aber diese „Gesetzlichkeit“ ist für das Pankower Regime, das immer noch um den Nachweis seiner staatlichen Berechtigung zu kämpfen hat, in erster Linie ein politischer Begriff. Die Kirche soll ja sagen zu diesem Staat und seiner Politik im Innern und nach außen. Das ist heute das Ziel der sowjetzonalen Kirchenpolitik; nicht das einzige und das letzte Ziel, aber eine unumgängliche Zwischenstation.

Um die Kirche zu dieser Akklamation zu zwingen, setzt der Staat jedes Machtmittel ein, das er zur Verfügung hat. An erster Stelle steht dabei gegenwärtig der Versuch, die östlichen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland zu isolieren, um sie dadurch fester in die Hand zu bekommen. Am schlimmsten verfährt man mit Bischof Dibelius, dem Ratsvorsitzenden der EKD, der das Gebiet der „DDR“ überhaupt nicht mehr betreten darf und obendrein die übelsten Beschimpfungen über sich ergehen lassen muß. Aber Dibelius steht keineswegs allein. Anderen westdeutschen Kirchenmännern ergeht es nicht besser. Und genauso wird umgekehrt Repräsentanten der östlichen Kirchen die Teilnahme an Veranstaltungen in der Bundesrepublik und im Ausland unmöglich gemacht. Lediglich der hessische Kirchenpräsident Niemöller und ein paar andere erfreuen sich einer besseren Behandlung.

Was hinter alledem steht, haben seinerzeit die Bedingungen deutlich gemacht, die Innenminister Maron für

eine Genehmigung des Kirchentages 1957 in Thüringen gestellt hat. Maron hat damals von der Kirchentagsleitung die bindende Zusage verlangt, daß niemand zum Kirchentag zugelassen würde, der die NATO-Politik befürworte, daß aber Vertretern der „DDR“ die Möglichkeit gegeben würde, die „Friedenspolitik“ ihrer Regierung zu erläutern.

Nach dieser „goldenen Regel“ wird seitdem bei der Genehmigung von Reisen und Tagungen im Rahmen der EKD und im Bereich ökumenischer Arbeit verfahren. Unternehmungen, von denen die Zonenbehörden sich für ihre politischen Interessen nichts versprechen, werden blockiert; Veranstaltungen dagegen, auf denen oppositionelle Kräfte des Westens dominieren, erfahren in der Regel freundliche Unterstützung.

Angelpunkt der Argumentation ist dabei stets der Vertrag über die Militärseelsorge, den die Evangelische Kirche in Deutschland vor einem Jahr mit der Bundesregierung geschlossen hat. Das ist der große „Sündenfall“ der EKD, der heute alles rechtfertigen soll, was das Zonenregime über die Kirche verhängt. In Wahrheit ist die Frage der Militärseelsorge für die „DDR“ nur ein Hebel, mit dem man an das Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung heranzukommen hofft.

Spaltungsversuche

Da sich die verantwortlichen Instanzen der EKD dem Willen des Regimes bisher nicht gebeugt haben, versucht man, sie in die Zange zu nehmen. Am meisten verspricht man sich dabei anscheinend von der Entwicklung von Kontakten auf der Bezirks- und Kreis-ebene. Entsprechende Zusammenkünfte zwischen Vertretern der örtlichen Staatsorgane und der Kirche hat es zu Beginn dieses Jahres in den Bezirken Cottbus und Potsdam gegeben. Weitere Gespräche in anderen Bezirken sollen folgen. Natürlich drängen die Staatsfunktionäre auch hier darauf, die Kirche wenigstens auf ein politisches Mindest-Programm festzulegen. Demgegenüber hat der Rat der Evangelischen Kirche der Union in einer seiner letzten Sitzungen festgestellt, daß solche Besprechungen von grundsätzlichen Erklärungen politischer und weltanschaulicher Art freigehalten werden sollten; die Erörterung dieser Fragen gehöre auf eine andere Ebene.

Finanzieller Druck

Auch hinsichtlich ihrer finanziellen Bedürfnisse hat der Staat die Kirche durch eine Reihe folgenschwerer Entscheidungen in eine immer schwierigere Lage gebracht. Zur Veranschaulichung sei hier nur das Problem der Staatsleistungen herausgegriffen: Diese Leistungen, die der Kirche in Art. 45 der Verfassung der „DDR“ ausdrücklich zugesichert sind, hat der Staat unter den verschiedensten Vorwänden im Laufe der letzten Jahre soweit reduziert, daß sie heute nur noch knapp 60 % ihrer ursprünglichen Höhe erreichen. Vor allem aber ist die Auszahlung dieser Gelder, die früher en bloc überwiesen wurden, seit dem 1. Juli vergangenen Jahres auf die Ebene der 14 Bezirke (die an die Stelle der früheren Länder getreten sind) verlagert worden.

Kirchenpolitik zentral gesteuert

Die geschilderten Maßnahmen des Zonenstaates gewinnen dadurch besondere Bedeutung, daß alle staatlichen Anordnungen, die die Kirche betreffen, heute an einer Stelle koordiniert werden. Diese Stelle ist das Staatssekretariat für Kirchenfragen, das vor einem Jahr eingerichtet und dem früheren Ministerpräsidenten von Thüringen, Werner Eggerath (SED), anvertraut worden ist. Die „DDR“ hat damit eine institutionelle Angleichung an Verhältnisse vollzogen, wie sie in Rußland, der Tschechoslowakei oder Ungarn längst bestehen. Dort handelt es sich bei der entspre-

chenden Behörde jeweils um das Stabsquartier einer bewußt kommunistischen Kirchenpolitik, das in Personal- und Sachfragen die Beschlüsse der Kirche zu kontrollieren und mit den politischen Wünschen des Staates zu synchronisieren hat.

Ein ähnliches Ziel dürfte auch dem Staatssekretär Eggerath gesetzt sein. Jedenfalls nimmt die kommunistische Einheitspartei, die die Verbindung zu den Kirchen bisher im wesentlichen der CDU der Sowjetzone überlassen hatte, diese nun selber in die Hand. Das verrät die Besetzung der wichtigeren Positionen innerhalb des Staatssekretariates ebenso wie die Person des Staatssekretärs. Man wird also staatliche Anordnungen, die die Kirche betreffen, heute nicht mehr als Willkürakte ansehen können, sondern als Äußerungen einer bestimmten politischen Konzeption verstehen müssen.

Krankenhauseelsorge unterbunden

Damit ist aber erst die eine Linie kommunistischer Kirchenpolitik gezeichnet. Darüber hinaus ist die SED natürlich bestrebt, die Kirche soweit wie möglich überhaupt aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Sie mag Gottesdienste halten, soviel sie will; aber mehr nicht!

In der Öffentlichkeit tritt eine Kirche normalerweise in Erscheinung mit ihrer Verkündigung und Lehre einerseits und mit ihrer Barmherzigkeit andererseits. Schon der Schlag gegen die Bahnhofsmision vor zwei Jahren galt einem Vorposten selbstloser kirchlicher Barmherzigkeit im öffentlichen Leben. Jetzt geht man daran, die Krankenhauseelsorge zu liquidieren. Ein Erlass des Ministeriums für Gesundheitswesen aus dem Herbst 1956 besagt, daß der zuständige Pfarrer seine Kranken nur noch während der Besuchsstunden besuchen darf; auch dann aber nur, wenn der Kranke ausdrücklich um seinen Besuch gebeten hat.

Die Krankenhäuser haben diesen Erlass, für den ausgerechnet der Ost-CDU-Minister Luitpold Steidle verantwortlich ist, anfangs vielfach ignoriert. Es gibt auch heute noch Chefarzte, die den Dienst der Kirche an ihren Kranken wünschen und fördern. Aber im ganzen nimmt die Zahl der kommunalen und staatlichen Anstalten nun doch zu, in denen die Seelsorge unter den geschilderten Bedingungen praktisch zum Erliegen kommt. Alle Bemühungen, höheren Orts eine Zurücknahme oder zumindest eine Milderung der Bestimmungen zu erwirken, sind vergeblich geblieben.

Staatliche Protektion der „Jugendweihe“

Auf dem Gebiet der Jugenderziehung steht im Brennpunkt der Auseinandersetzung nach wie vor die Jugendweihe, die in diesem Jahr zum vierten Male durchgeführt wird. Neu ist die Selbstverständlichkeit, mit der seit vergangenem Herbst jetzt auch der Staatsapparat zugunsten der Jugendweihe mobilisiert wird. So sind eine Anzahl Fälle bekanntgeworden, in denen Lehrer unter ganz massiven Druck gesetzt und schließlich aus ihrem Dienst entlassen wurden, weil sie sich geweigert hatten, bei der Vorbereitung mitzuwirken. Aber auch der Druck auf die Eltern nimmt ständig zu. Eine Schweriner Zeitung hat ganz offen zugegeben, daß die Einstellung zur Jugendweihe sich auf den künftigen Ausbildungsgang eines Kindes auswirken werde. Eine andere Zeitung beschwert sich darüber, daß im Handel noch keine Glückwunschkarten zur Jugendweihe angeboten würden. Die Pionierorganisationen drängen darauf, daß die Kinder sich schon Jahre vorher zur Jugendweihe verpflichten. In den Betrieben munkelt man von einem Lohn- und Gehaltsabzug für den Kultur- und Sozialfonds, der dann für die weitere Ausgestaltung der Jugendweihe zur Verfügung gestellt werden soll, — um hier nur einiges zu erwähnen.

WIR BITTEN

alle diejenigen unserer Leser, die ihren Unkostenbeitrag in Höhe von 5,— DM für den Bezug der „Evangelischen Verantwortung“ im laufenden Jahre noch nicht überwiesen haben, sich der beigefügten Zahlkarte zu bedienen. Wer einen höheren Unkostenbeitrag zu leisten vermag, fördert damit die weitere Verbreitung unseres Blattes. Im voraus herzlichen Dank!

Herausgeber und Verlag

Daß die Konfirmandenzahlen unter diesen Umständen langsam zurückgehen, in den Städten schneller als auf dem Lande, wird niemanden wundern. Die Kirche kann von ihrem Grundsatz, daß die Teilnahme an der Jugendweihe von der Konfirmation ausschließt und umgekehrt, nicht abgehen, wenn sie sich nicht unglaubwürdig machen will. Sie wird diesen Grundsatz allerdings nicht schematisch, sondern stets in seelsorgerischer Verantwortung praktizieren und auch die Kinder nicht verlorengelassen, die sie nicht konfirmieren kann. Aber es ist klar, daß auf die Dauer nur auf diejenigen Familien ernstlich zu zählen ist, für die die Konfirmation ein echtes Bekenntnis und nicht nur eine bürgerliche Sitte, eine Art kirchlicher „Jugendweihe“ ist.

Aber nicht nur der Konfirmation, auch anderen kirchlichen Handlungen und Feiern rückt man mit attraktiven Ersatzveranstaltungen zu Leibe. So konnte man ausgerechnet am 25. Dezember vergangenen Jahres zum ersten Male im sowjetzonalen Fernsehen eine feierliche „Namensgebung“ miterleben, die aus dem Rathaus von Altenburg in Thüringen übertragen wurde. Man legt die Netze immer weiter aus. Und wie in Rußland, wo jeder kirchliche Unterricht für Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren verboten ist, so sucht man auch in der „DDR“ die Berührung der Kirche mit der Jugend Schritt für Schritt weiter einzuschränken, mit dem offensichtlichen Ziel, die Kirche aus dem Leben der Jugend eines Tages ganz zu verdrängen.

Christliche Lehrer „untragbar“

Unter Berufung auf das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche hat jetzt der Volksbildungsminister Fritz Lange auf einer Landschulkonferenz in Güstrow darüber Klage geführt, daß es noch Lehrer gebe, die diese Trennung für sich privat nicht anerkennen wollten und glaubten, eine Art Koexistenz treiben zu können. Er erinnerte an einen Zweizeiler über den Dorfschullehrer vergangener Jahre: „Des Sonntags ist er Organist, die Woche fährt er Pferdemit.“

Man brauche doch vor das Wort „Pferdemist“ nur „ideologisch“ zu setzen, und jeder müsse zugeben, in welchem Widerspruch sich diejenigen Kollegen befänden, die hier nicht zu trennen wüßten. Von der verunglückten Pointe und ihrer unfreiwilligen Komik abgesehen, beweist diese Äußerung, daß es christliche Lehrer in der „DDR“ einfach nicht mehr geben soll.

Das alles muß sich auf die Dauer auch auf den kirchlichen Nachwuchs auswirken — insbesondere, wenn

Kinder aus kirchlich eingestellten Familien noch mehr als bisher vom Besuch der Oberschule und vom Abitur ausgeschlossen werden sollten. Die Zahl der Immatrikulationen an den theologischen Fakultäten würde in diesem Falle sicher spürbar zurückgehen; und gerade diejenigen, die auf Grund ihrer inneren Haltung am meisten für den kirchlichen Dienst qualifiziert wären, würden nicht mehr zum Studium an den Fakultäten kommen. Die eigenen Ausbildungsstätten der Kirche würden unter solchen Umständen verstärkte Bedeutung gewinnen.

Noch ist es nicht soweit. Aber die Einheitspartei bemüht sich seit den Vorgängen in Polen und Ungarn bei denen die studentische Jugend eine erhebliche Rolle gespielt hat, auch die Universitäten endlicher in die Hand zu bekommen. Das hat die Studentengemeinden von neuem in ernste Bedrängnis gebracht. Die Prozesse gegen die beiden Studentenfunktionäre Schmutzler und Giersch und Glieder ihrer Gemeinden sollten zweifellos der Einschüchterung dienen, genau wie der Fall jenes Studenten der Naturwissenschaften, der vom Rektor seiner Hochschule exmatrikuliert wurde, weil er in einem kleinen Kreis evangelischer Kommilitonen ein Referat über Bischof Dibelius gehalten hatte.

Die Haltung der Kirche

Wie reagiert nun die Kirche selbst auf die ideologische und politische Offensive des SED-Regimes? Natürlich leistet sie Widerstand, wo der Staat in ihren eigenen Bereich einzubrechen sucht und wo ihr ein Dienst verwehrt wird, den sie sich nicht angemaßt hat, sondern der ihr von ihrem Herrn übertragen worden ist. Das versteht sich von selbst. So wenig sich aber die Kirche in der Sowjetzone vor den Wagen einer kommunistisch gelenkten Propaganda spannen läßt, so wenig ist sie eine Art vorgeschobener Posten westlicher politischer Bestrebungen. Sie ist Kirche und will Kirche bleiben allein im Dienste ihres Herrn. Um nichts anderes geht es ihr. Verschiedene kirchliche Stellungnahmen der letzten Zeit haben dieses Bemühen um eine selbständige, unabhängige Position klar zum Ausdruck gebracht.

Pfarrer und Gemeinden in der „DDR“ beschäftigt heute vor allem anderen das Problem, was aus der Volkskirche werden soll, die unter dem kommunistischen Druck mehr und mehr abbröckelt, weil sie an den Rändern ja längst keine lebendige Wirklichkeit mehr ist — auch im Westen nicht. Insbesondere die Frage der gegenwärtigen Konfirmationspraxis, deren innere Unwahrscheinlichkeit jedem Pfarrer schon lange auf der Seele liegt, wird neuerdings leidenschaftlich diskutiert und ihre Klärung vorangetrieben. Die Kirche in der Sowjetzone weiß, daß sie nicht einfach weglauten darf vor den großen Aufträgen ihres Herrn. Aber sie widmet sich nun mit besonderem Ernst auch dem Aufbau kleiner, zuverlässiger Gemeindestützpunkte und rüstet sich damit auf eine Zukunft, von der man eines schon heute voraussagen kann: daß die „kirchliche Konjunktur“ weiter zurückgehen wird.

Eine doppelte Feststellung soll diese Darlegungen abschließen: Keiner tut der evangelischen Kirche im Bereich der „DDR“ einen wirklichen Dienst, der ihren Glaubenskampf heroisiert; und es tut ihr auch keiner einen Dienst, der sie bemitleidet. Nur die Möglichkeiten zwischen diesen beiden Extremen sollten ausgeschöpft werden, um den bedrängten Brüdern und Schwestern auch weiterhin auf alle erdenkliche Weise zu helfen.